



HEINRICH BÖLL STIFTUNG
EUROPA

DAS
PROGRESSIVE
ZENTRUM

E-PAPER

Studie
**Selbstverständlich
europäisch!?** 2023

Erwartungen der Bürgerinnen
und Bürger an die deutsche
Europapolitik im Kontext von
Krise und Transformation

VON JOHANNES HILLJE UND CHRISTINE PÜTZ

Eine Publikation der Heinrich-Böll-Stiftung, März 2023
In Kooperation mit Das Progressive Zentrum

Selbstverständlich europäisch!?! 2023

Von Johannes Hillje und Christine Pütz

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
Zusammenfassung	5
1 Ziel und Methodik der Studie	8
2 Repräsentative Umfrage zur Rolle Deutschlands in der EU	11
3 Trends und politische Empfehlungen	21
Die Autorinnen und Autoren	23

Vorwort

Eine Hand am europäischen Puls

Die vorliegende Studie bildet die deutsche Sicht auf Europa ab, ein Jahr nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine. Im Kern stellen die Ergebnisse eine doppelte Diagnose, die Kritik und Auftrag in einem ist: Deutschland gestaltet Europa nicht genug mit, sollte das künftig aber mehr tun. Und zwar aktiv und im Staatenverbund kooperativ. Der zweite große Befund der Umfrage: Die soziale Frage Europas darf nicht länger aufgeschoben werden.

Die Studie «Selbstverständlich europäisch!?» erscheint 2023 im fünften Jahr in Folge und bilanziert damit auch die Europapolitik der Ampel-Bundesregierung nach 15 Monaten. Der Charakter der Studie ermöglicht zudem eine längere zeitliche Perspektive. Legt man die Studien der letzten fünf Jahre nebeneinander, so fällt auf, dass sich im Laufe der letzten Jahre eine Diskrepanz auftut: Der Glaube an den Nutzen der EU nimmt tendenziell ab, die Erwartungen an gemeinschaftliches europäisches Handeln bleiben aber weiterhin groß.

Die auf den folgenden Seiten dargelegten Ergebnisse der Studie sind eine Erinnerung daran, dass die Unterstützer*innen der regierenden Parteien – und darüber hinaus über ein größeres Parteienspektrum hinweg – vieles gemeinsam haben. Für die meisten der Befragten haben «Verteidigungsfähigkeit» und «Energieunabhängigkeit» die mit Abstand höchste politische Priorität für die EU, gefolgt von Inflationsbekämpfung, Klimaschutz, Schutz der Rechtsstaatlichkeit und sozialer Sicherheit. Aus diesen Prioritäten spricht der Wunsch nach Sicherheit.

Die Mehrheit der Befragten befürwortet gemeinsame europäische Investitionen in diesen Bereichen, insbesondere etwa im Klimaschutz. So spricht sich die Mehrheit ganz konkret für einen gemeinschaftlich-europäischen grünen Industriefonds aus – und das über Regionen, Berufsgruppen und Bildungsniveaus hinweg.

Die Ergebnisse der Studie bekräftigen, dass jede kurzfristige Krisenbewältigungsmaßnahme auch auf mittel- und langfristige Ziele des gemeinschaftlichen Europas achten sollte. Die Autor*innen der Studie nennen das treffend: «Europapolitik im Spannungsfeld von Krisenmanagement und Gestaltungsanspruch». Zudem zeigt die Studie ein ausgeprägtes Bewusstsein für institutionellen Reformbedarf. Das zeigt sich etwa in dem Befund, dass sich die Befragten mehrheitlich für die Abschaffung des Vetorechts im Europäischen Rat aussprechen. Hier kann noch weiter gedacht werden: An welchen zentralen Schrauben im EU-Vertragswerk könnte und müsste, demokratisch legitimiert, gedreht werden, um die Voraussetzung für Handlungsfähigkeit und Zukunftsentscheidungen zu

schaffen? Welche Anpassungen bräuchte es im EU-Vertragsrecht, um etwa einen großen Wurf für europäische Wettbewerbsfähigkeit in der ökologischen Transformation zu ermöglichen, wie es zuletzt in den Vereinigten Staaten mit dem «Inflation Reduction Act» gelungen ist?

Ein Ergebnis der Studie ist aber auch, dass es vor allem unter ökonomisch vulnerableren Gruppen einen erheblichen Zweifel am wirtschaftlichen Nutzen der EU gibt. Zwar dominiert nach wie vor über die Bevölkerungsgruppen hinweg eine insgesamt pro-europäische Einstellung; und wir wissen, dass eine pessimistische Einschätzung zum Nutzen der EU mit einer pessimistischen Einschätzung der Lage im eigenen Land zusammenhängt. Dennoch braucht es politische Aufmerksamkeit, wenn sich immer weniger Menschen in prekären Lebensverhältnissen von der EU in wirtschaftlichen Krisenzeiten Besserung versprechen. Es zeigt, dass es eine grundlegende Erneuerung mit Blick auf das Wohlstandsversprechen der EU geben muss. Die bisherigen Instrumente der Europäischen Union schaffen es offenbar nicht mehr, eine Teilhabe am Wohlstand und ausreichende soziale Sicherheit in den stattfindenden Transformationsprozessen zu gewährleisten. Dies muss also mit den oben genannten Handlungsfeldern verbunden werden.

Die Frage nach dem Selbstbild ist mitnichten ein von der politischen Realität entferntes Gespinnst. Europa existiert in den Köpfen und Herzen der Menschen. Damit politisches Handeln Wirksamkeit entfalten kann, muss es einhergehen mit einem Gespür für das europäische Selbstverständnis – eine Hand immer am europäischen Puls.

Die vorliegende Studie soll Entscheidungsträger*innen und allen Interessierten als Pulsmesser dienen, der sie dabei unterstützt, die Entscheidungen und Weichenstellungen für die Zukunft Europas zu verantworten, die Europa jetzt und künftig braucht.

Für ihre Bereitstellung danke ich den beiden Autor*innen der Studie, Dr. Johannes Hillje und Dr. Christine Pütz, die dieses Werkzeug mit großem Sachverstand, in präzise-unaufgeregter Sprache und mit dem Blick für das Wesentliche verantwortet haben.

Berlin, im März 2023

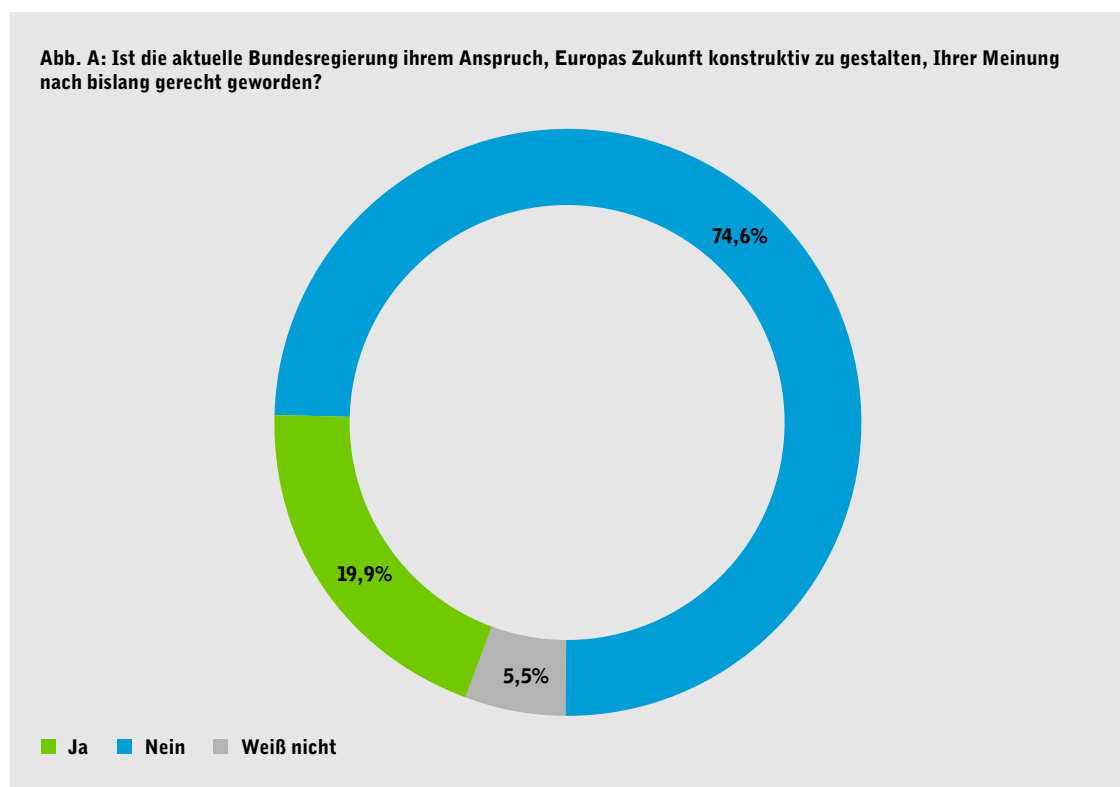
Jan Philipp Albrecht
Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung

Zusammenfassung

Die Bundesregierung hat sich im Koalitionsvertrag einer «aktiven Europapolitik» und einem «konstruktiven Gestaltungsanspruch» in der EU verschrieben. Das letzte Jahr war auf EU-Ebene jedoch vom Krisenmanagement in Folge des russischen Angriffskriegs überschattet. Bei der Unterstützung der Ukraine oder in der Energiepolitik erwies sich die EU in vielen Punkten als handlungsfähig, allerdings waren die Gestaltungsmöglichkeiten häufig im engen Korsett der Krisen gefangen. In der Verteidigungsfähigkeit und dem klimaneutralen Umbau der Industrie steht die EU weiter vor enormen Herausforderungen. In diesem Kontext untersucht die fünfte Ausgabe der Langzeitstudie «Selbstverständlich europäisch!?!», wie die deutsche Bevölkerung die Rolle Deutschlands in der EU beurteilt und welche Erwartungen sie hat.

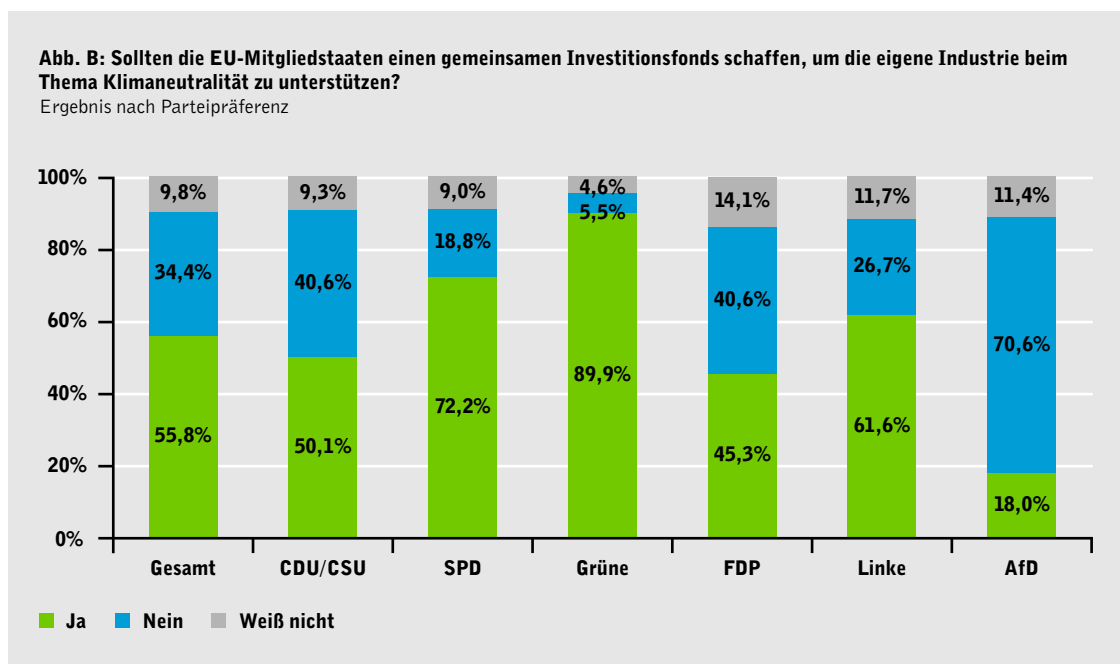
Die wichtigsten Ergebnisse der repräsentativen Umfrage ^[1]

- **Gestaltungsversprechen in der Europapolitik noch nicht eingelöst:** 74,6 Prozent der Bürgerinnen und Bürger sind der Meinung, dass die Bundesregierung ihrem Gestaltungsanspruch in der Europapolitik bisher nicht gerecht wird. 19,9 Prozent sagen, dass dieses Versprechen eingelöst wird (siehe Abb. A).



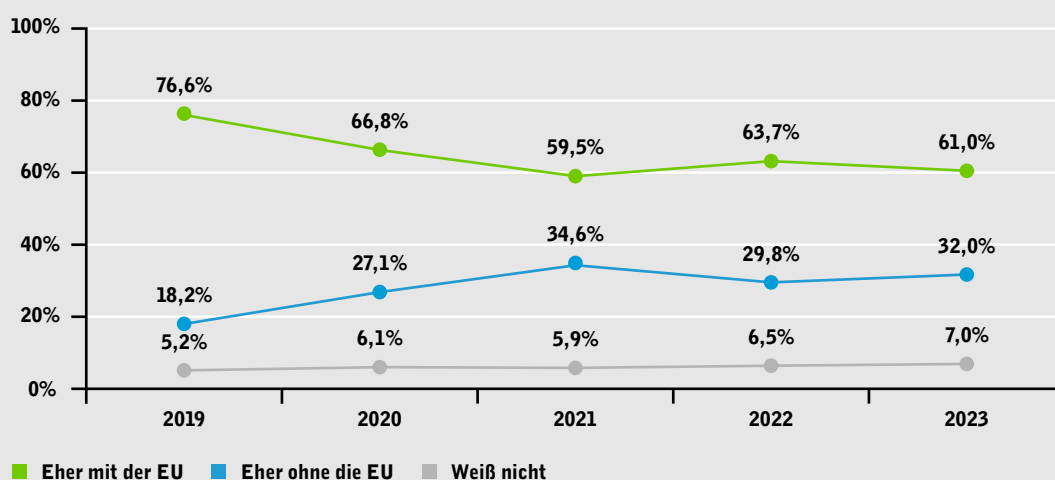
¹ Das Meinungsforschungsunternehmen Civey hat für diese Studie 5.000 Personen im Februar 2023 online befragt. Die Ergebnisse sind repräsentativ für die deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren. Der Fragebogen wurde u.a. auf Basis von Fokusgruppen konzipiert, die 2019 und 2021 durchgeführt wurden.

- **Deutschland soll in Europa aktiver werden:** Das Auftreten der Bundesregierung in der EU nehmen 51,6 Prozent der Befragten in letzter Zeit als «weniger aktiv» wahr, 37,1 Prozent empfinden es als «aktiv» – ein Rückgang um 12 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Für die Zukunft wünschen sich 66,6 Prozent ein aktives Verhalten. Zudem befürworten 69,8 Prozent ein kooperatives Auftreten Deutschlands in Europa.
- **Verteidigung und Energie haben höchste Priorität:** Bei der Frage nach den drei aktuell wichtigsten Prioritäten für die EU stimmen die Befragten am häufigsten für Verteidigungsfähigkeit (54,6 Prozent) und Energieunabhängigkeit (50,6 Prozent). Als weitere Bereiche mit hoher Priorität folgen die Inflationbekämpfung, Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, Klimaschutz und soziale Sicherheit.
- **Mehrheit unterstützt EU-Fonds für grüne Industrie:** 55,8 Prozent der Bürgerinnen und Bürger würden es begrüßen, wenn die EU-Mitgliedstaaten einen gemeinsamen Investitionsfonds zur Förderung einer klimaneutralen Industrie schaffen würden. 35,4 Prozent sprechen sich dagegen aus. Abgesehen von der AfD, gibt es im Lager aller Parteien eine (relative) Mehrheit für den Fonds, wobei diese sehr unterschiedlich ausgeprägt sind (vgl. Abb. B).



- **Vorteile der EU-Mitgliedschaft überwiegen:** Auch in diesem Jahr überwiegen für eine Mehrheit (58,7 Prozent) die Vorteile der EU-Mitgliedschaft Deutschlands. 37,7 Prozent sehen allerdings mehr Nach- als Vorteile – eine Zunahme von 7 Prozentpunkten im Vergleich zu 2022. Im Besonderen sind die Befragten vom politischen Nutzen der EU überzeugt: 61 Prozent sagen, dass Deutschland seine politischen Ziele eher mit als ohne die EU erreichen kann (vgl. Abb. C). Den wirtschaftlichen Nutzen der EU sehen hingegen derzeit nur 46,2 Prozent der Befragten. Dies entspricht einem Rückgang von 2,6 Prozentpunkten, der in der derzeitigen allgemeinen wirtschaftlichen Verunsicherung begründet liegen könnte.

Abb. C: Kann Deutschland seine politischen Ziele eher mit der EU oder ohne die EU erreichen?



Trends und politische Empfehlungen:

- *Europa in der Krise aktiv gestalten:* Die Umfrageergebnisse können als ein starkes Plädoyer der Bürgerinnen und Bürger für ein aktives und kooperatives Auftreten Deutschlands in der Europapolitik gewertet werden. Kurzfristiges Krisenmanagement und langfristige Zukunftsgestaltung sollten kohärent in europäischen Lösungen miteinander verbunden werden. Der Gestaltungsanspruch der Bundesregierung kann durch eine Stärkung der europäischen Souveränität in Energie-, Wirtschafts- und Verteidigungsfragen, eine konsequente Klimapolitik und institutionelle EU-Reformen umgesetzt werden.
- *Europas soziales Versprechen einlösen:* Die Deutschen sehen den politischen Nutzen der EU, doch der Glaube an die wirtschaftlichen Vorteile hat etwas abgenommen. Dieser Trend korreliert mit der allgemeinen Krisenlage und den gestiegenen Zukunftsängsten. Gerade deshalb ist es die Aufgabe der Politik, Europa als wirtschaftliches und soziales Gemeinschaftsprojekt gezielt zu stärken und Sicherheit auch in diesen Bereichen zu gewährleisten.
- *Gemeinsam investieren:* Die Bürgerinnen und Bürger sprechen sich wie bereits in den Vorjahren mit großer Mehrheit für gemeinsame Investitionen der EU-Mitgliedstaaten aus (z.B. in Energie, Verteidigung, Klima). Eine Mehrheit unterstützt konkret einen EU-Investitionsfonds zur Förderung einer klimaneutralen Industrie in Europa. Die EU sollte im Wettbewerb um klimaneutrale Technologien auf entsprechende Programme ihrer größten Handelspartner reagieren, dem «European Green Deal» einen Schub verleihen und die Umsetzung der sozial gerechten Transformation voranbringen.

1 Ziel und Methodik der Studie

Die Bundesregierung hat sich in ihrem Koalitionsvertrag von 2021 einer «aktiven Europapolitik» und einem «konstruktiven Gestaltungsanspruch» in der Europäischen Union verschrieben.^[2] Eine «handlungsfähigere und strategisch souveränere Europäische Union» wird als Grundlage und Rahmen beschrieben, um die «großen Herausforderungen unserer Zeit wie Klimawandel, Digitalisierung und Bewahrung der Demokratie» bewältigen zu können. Die ersten 15 Amtsmonate der Ampel-Koalition waren jedoch insbesondere auf europäischer Ebene vom Krisenmanagement in Folge des Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine überschattet. Dominiert war die Tagesordnung von der militärischen, finanziellen und humanitären Unterstützung der Ukraine sowie dem Umgang mit Russland. Ebenso war das letzte Jahr von den indirekten Effekten des Krieges geprägt, wie z.B. der Energiekrise, der hohen Inflation sowie den wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen und Unsicherheiten. Im letzten Herbst stieg die Verunsicherung spürbar an, wirtschaftliche Sorgen und Ängste vor Energieengpässen in der kalten Jahreszeit nahmen zu. Dabei beschränken sich die aktuellen Herausforderungen der EU bei weitem nicht auf die Auswirkungen des Krieges. Vielmehr stellen sich tiefgreifende strukturelle Fragen, etwa wie die europäische Wirtschaft zukunftsfähig und klimaneutral aufgestellt und im Angesicht umfangreicher Subventionsprogramme der USA («Inflation Reduction Act»), Chinas, Japans und Kanadas die europäische Wettbewerbsfähigkeit sichergestellt werden kann. Jenseits dieser wirtschaftspolitischen Probleme erschüttert ein Korruptionsskandal das Europäische Parlament, und der Konflikt um die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit in verschiedenen EU-Mitgliedstaaten dauert an.

Die europäische Gemeinschaft und deren Gestaltungsmöglichkeiten waren oft im engen Korsett dieser unmittelbaren Krise gefangen. Hier zeigten sich neben zahlreichen Problemen aber auch die Handlungsfähigkeit der Staatengemeinschaft, etwa durch die Einführung gemeinsamer Gaseinkäufe, einer EU-Notfallverordnung zum schnelleren Ausbau von erneuerbaren Energien oder der Formulierung von Zielen für mehr strategische Souveränität im Bereich der kritischen Infrastruktur und wichtiger Rohstoffe. Im Angesicht des Angriffskriegs Russlands orientierten sich mehrere Nachbarstaaten weiter in Richtung der EU und belebten damit Erweiterungsdebatten: 2022 wurden die Ukraine, Moldau und Bosnien und Herzegowina in den Kreis der Beitrittskandidaten aufgenommen, die zur Erfüllung der Beitrittskriterien nun umfangreiche Reformen umsetzen müssen. Allerdings zeigte sich auch, dass ein Reformprozess der EU-Institutionen nötig ist, um die Handlungs- und Aufnahmefähigkeit der Union sicherzustellen. Im Zuge dessen wird etwa über die Einschränkung von Veto-Möglichkeiten für einzelne Mitgliedstaaten debattiert.

2 Koalitionsvertrag von SPD, Grüne und FDP: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1990812/04221173eef9a6720059cc353d759a2b/2021-12-10-koav2021-data.pdf?download=1>

Alles in allem steht die EU in ihrem Handeln vor der enormen Herausforderung, kurz- und längerfristige Ziele miteinander zu verknüpfen. So wird es darum gehen, Ausgaben zur akuten Kriseneindämmung und langfristige Investitionen in Klimaneutralität und Technologieentwicklung miteinander zu verbinden, sofortige Unterstützung des ukrainischen Militärs und dauerhafte Stärkung der europäischen Verteidigungsfähigkeit voranzubringen sowie Reformen zur Erweiterung und Handlungsfähigkeit der EU anzugehen.

Wird die Bundesregierung trotz des hohen Krisendrucks ihrem Gestaltungsanspruch in Europa gerecht?

Deutschlands Rolle wurde in diesem komplexen Krisengemisch von den europäischen Partnern im Verlauf der letzten Monate unterschiedlich bewertet. So warf man der Bundesregierung von einigen Seiten mangelnde europäische Abstimmung hinsichtlich des 200-Milliarden-Pakets zur Entlastung von Bevölkerung und Wirtschaft in Deutschland vor. Gewürdigt wurde Deutschlands Bekenntnis zur Neuausrichtung seiner Sicherheits- und Verteidigungspolitik, kritisiert wurde jedoch deren praktische Umsetzung, nicht zuletzt mit Blick auf die Waffenlieferungen an die Ukraine. Eine europapolitische Grundsatzrede von Kanzler Olaf Scholz an der Karls-Universität in Prag während der tschechischen Ratspräsidentschaft löste unterdessen kein größeres Echo in Europa aus.^[3] Eine Frage, die sich in diesen Zeiten unweigerlich aufdrängt, lautet, ob die Bundesregierung trotz des hohen Krisendrucks ihrem Gestaltungsanspruch in Europa gerecht wird. Ferner stellt sich die Frage, wie sich die zunehmenden wirtschaftlichen Sorgen und gestiegene Verunsicherung der deutschen Bevölkerung auf die Einstellungen zur EU auswirken.

Diesen Fragen geht auch die diesjährige «Selbstverständlich europäisch!?»-Studie nach, die bereits im fünften Jahr in Folge erscheint. Seit 2019 ist das Ziel dieser Langzeitstudie, die Erwartungen der deutschen Bevölkerung an die Rolle Deutschlands in der EU und konkrete Europapolitik der Bundesregierung zu untersuchen. Mit welchen politischen Prioritäten, welcher Haltung und welchem Selbstverständnis soll die Bundesregierung ihre Europapolitik in diesen schwierigen Zeiten angehen? Die Erwartungen an die Europapolitik im Spannungsfeld von Krisenmanagement und Gestaltungsanspruch bilden den aktuellen Themenschwerpunkt der diesjährigen Untersuchung. Wie in den vergangenen Jahren, soll diese Studie eine Debatte über die Zukunft der deutschen Europapolitik anregen.

3 Rede von Bundeskanzler Scholz an der Karls-Universität am 29.08.22: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/rede-von-bundeskanzler-scholz-an-der-karls-universitaet-am-29-august-2022-in-prag-2079534>

Methodik der Studie

Für die vorliegende Studie hat das Meinungsforschungsunternehmen Civey im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung zwischen dem 1. und 3. Februar 2023 5.000 Personen befragt. Die Ergebnisse sind repräsentativ für die Einwohnerinnen und Einwohner der Bundesrepublik Deutschland ab 18 Jahren. Der statistische Fehler der Gesamtergebnisse liegt bei 2,5 Prozent.

Der Fragebogen besteht aus zwei Teilen: Der erste Teil ist identisch zu den Vorgängerstudien und untersucht primär das Selbstbild der Deutschen in der EU. Dieses Selbstbild wird in drei Dimensionen gemessen, die auf Basis von Interviews mit Fokusgruppen im Jahr 2019 entwickelt und 2021 erneut überprüft wurden. Die Dimensionen beziehen sich auf die Bewertung der politischen Rolle Deutschlands in der EU (z.B. aktiv oder passiv), auf finanzpolitische Aspekte (z.B. deutscher EU-Beitrag^[4]) und die EU-Mitgliedschaft an sich (z.B. Kosten-Nutzung-Verhältnis). Das Selbstbild bildet jene Aspekte ab, die von Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen der Gruppendiskussionen selbst herangezogen wurden, um ihre Wahrnehmung von Deutschlands Rolle in der EU, der deutschen Europapolitik und ihre Haltung zu dieser Politik zu beschreiben. Der zweite Teil des Fragebogens besteht aus fünf Fragen zu aktuellen Themen der Europapolitik.

- 4 In der öffentlichen Debatte wird immer wieder behauptet, dass Deutschland der «Zahlmeister Europas» sei. Dieses Narrativ entspricht nicht den tatsächlichen Fakten, denn Deutschland ist pro Kopf nicht der größte EU-Nettozahler, profitiert aber sehr stark vom Binnenmarkt: [https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/europa/70580/nettozahler-und-nettoempfaenger-in-der-eu/](https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/europa/70580/nettozahler-und-nettoempfaenger-in-der-eu;); http://ec.europa.eu/budget/graphs/revenue_expenditure.html

2 Repräsentative Umfrage zur Rolle Deutschlands in der EU

Für die vorliegende Studie wurde eine repräsentative Umfrage mit einer Stichprobengröße von 5.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt. Die Fragen beziehen sich auf die in der Einleitung vorgestellten drei Dimensionen: die politische Rolle Deutschlands in der EU, finanzpolitische Aspekte und die EU-Mitgliedschaft an sich. Die Erhebung fand im Februar 2023 statt. In diesem Kapitel werden die Ergebnisse der Umfrage dargestellt. Dabei wird auch die Entwicklung der Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger im Vergleich zu den Vorjahren unter Rückgriff auf die Vorgängerstudien berücksichtigt. Als Langzeituntersuchung besteht ein Teil des Fragebogens aus einem wiederkehrenden Fragenkatalog. Der restliche Teil widmet sich in diesem Jahr den Erwartungen an die deutsche Europapolitik im Spannungsfeld von Krisenmanagement und Gestaltungsanspruch.

Bundesregierung wird Gestaltungsanspruch in Europa bisher nicht gerecht

Nach fünfzehn Monaten Ampel-Koalition, die von multiplen Krisen und einem brutalen Krieg Russlands gegen die Ukraine dominiert waren, können die Bürgerinnen und Bürger noch nicht erkennen, dass die Bundesregierung ihrem eigenen «konstruktiven Gestaltungsanspruch» in der Europapolitik gerecht wird. Nur knapp ein Fünftel (19,9 Prozent) der Befragten sind der Meinung, dass die Bundesregierung dieses Versprechen aus dem Koalitionsvertrag bislang einlöst. 74,6 Prozent sagen hingegen, dass die Ampel-Regierung bislang dem Anspruch, Europas Zukunft konstruktiv zu gestalten, nicht gerecht wird.

Unterscheidet man die Befragten nach Parteipräferenz, so sieht nur eine Mehrheit unter den SPD-Unterstützenden (52,3 Prozent), dass dieses europapolitische Versprechen der Bundesregierung bislang eingelöst wurde. Im Gegensatz dazu meinen jeweils eine Mehrheit im Lager von AfD (90,7 Prozent), CDU/CSU (89,8 Prozent), FDP (84,6 Prozent), Linke (82,3 Prozent) und Grünen (58,9 Prozent), dass die Ampel-Koalition ihrem Gestaltungsanspruch in Europa noch nicht gerecht geworden ist. Unter allen Altersgruppen in der Bevölkerung gibt es klare Mehrheitsverhältnisse, wobei bei den Jüngeren die Skepsis am höchsten ist: Bei den 30- bis 39-Jährigen sind 88,7 Prozent der Meinung, dass dieses Versprechen bisher nicht eingelöst wurde. Das ist der höchste Wert unter den Altersklassen, während bei den Über-65-Jährigen diese Einschätzung mit 71,6 Prozent auf etwas weniger Zustimmung trifft.

Abb. 1: Ist die aktuelle Bundesregierung ihrem Anspruch, Europas Zukunft konstruktiv zu gestalten, Ihrer Meinung nach bislang gerecht geworden?

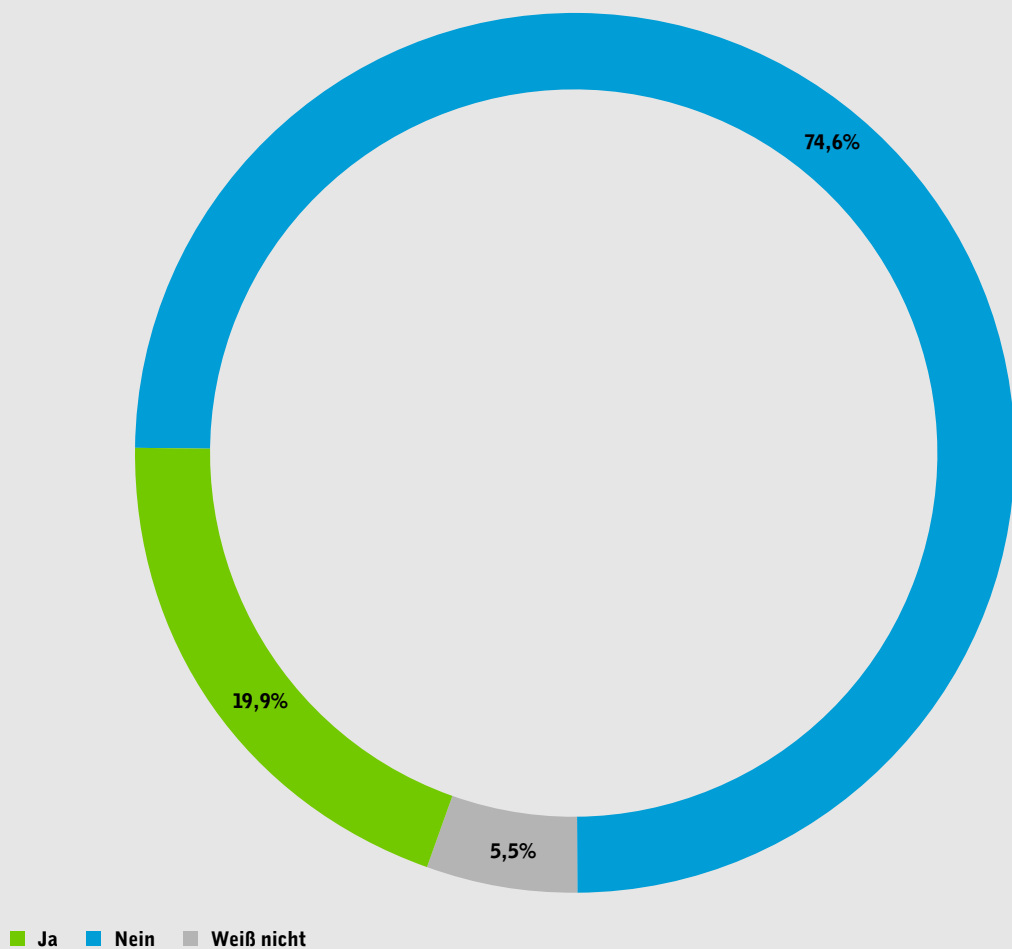
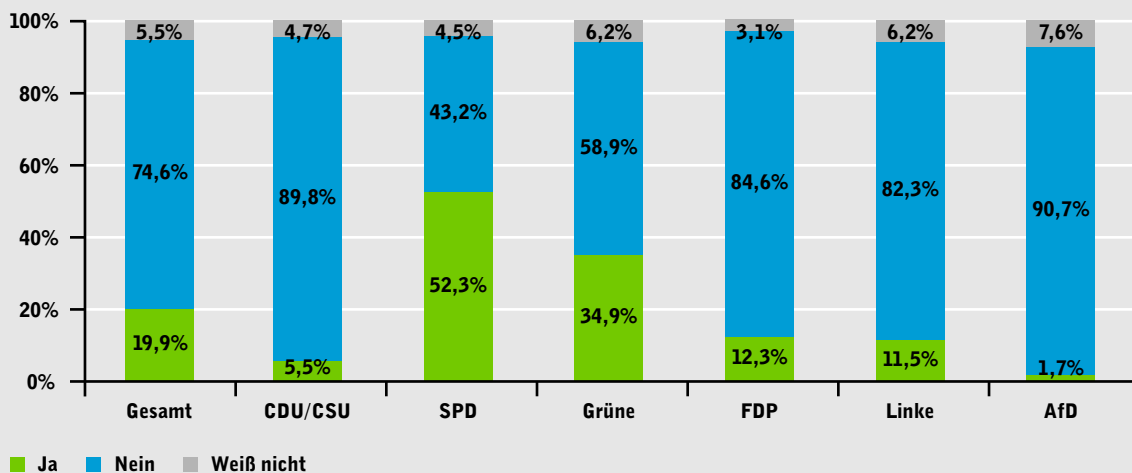


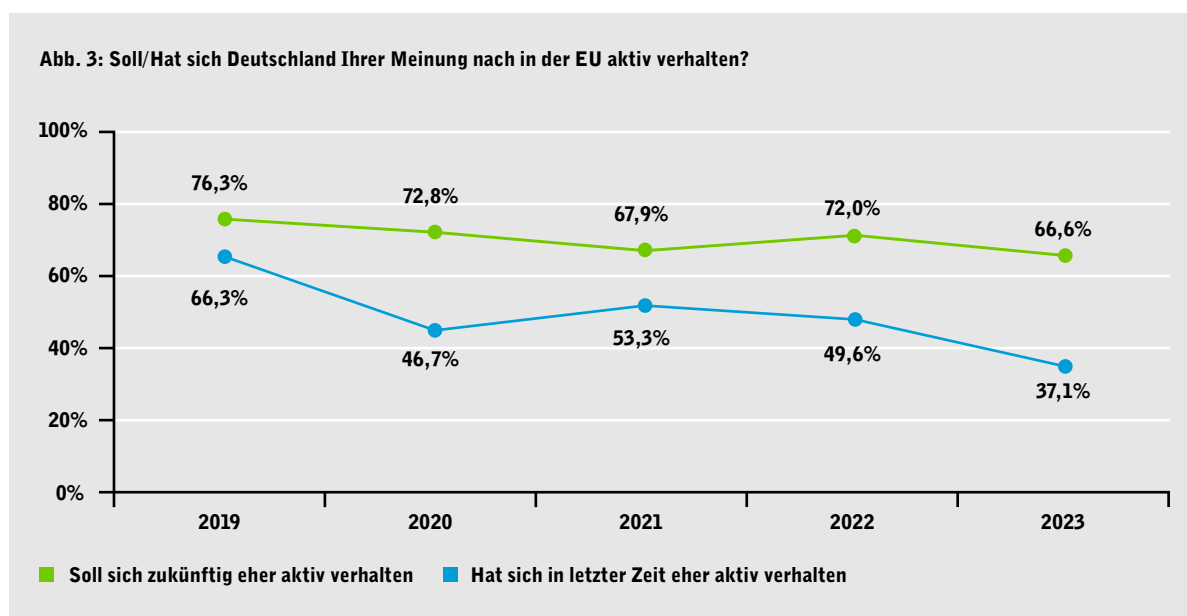
Abb. 2: Ist die aktuelle Bundesregierung ihrem Anspruch, Europas Zukunft konstruktiv zu gestalten, Ihrer Meinung nach bislang gerecht geworden?

Ergebnis nach Parteipräferenzen



Deutschland soll aktiver und kooperativer werden

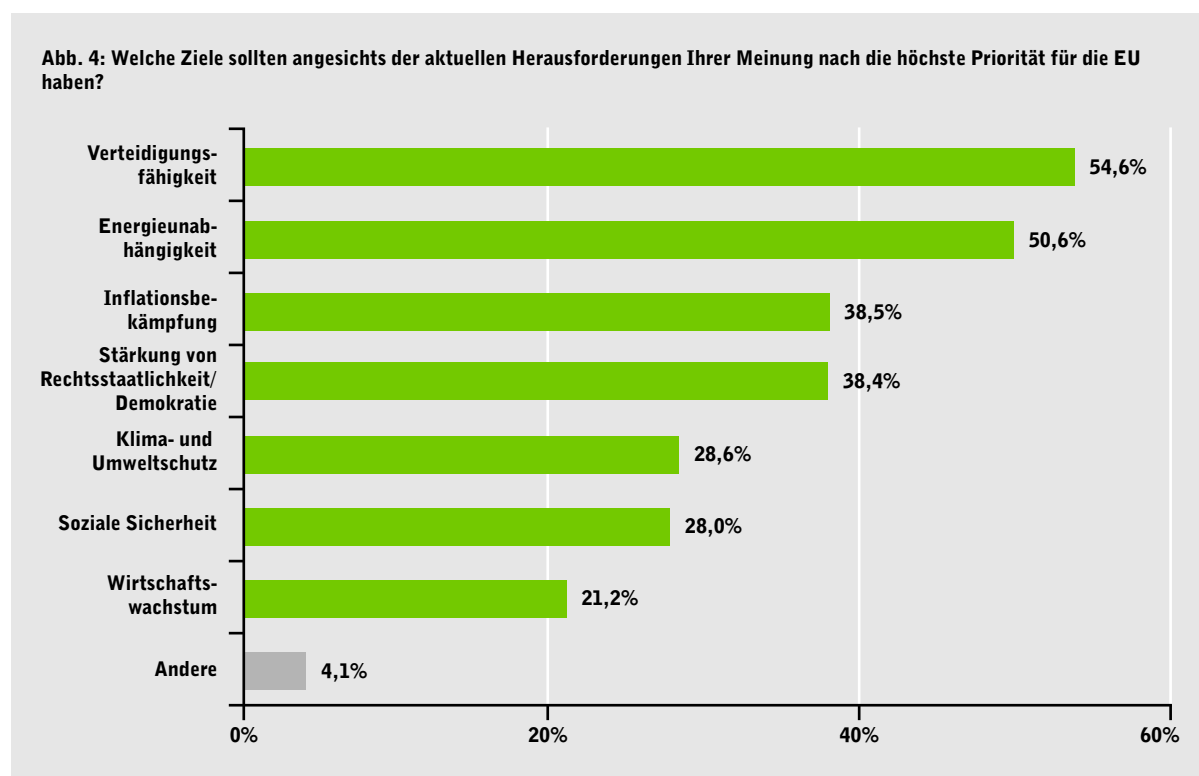
Neben dem Gestaltungsanspruch verspricht die Bundesregierung im Koalitionsvertrag auch eine «aktive Europapolitik». Die Umfrageergebnisse zeigen jedoch auch an dieser Stelle, dass die Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger derzeit eine andere ist: Nur 37,1 Prozent nehmen die Bundesregierung in der Europapolitik in letzter Zeit eher aktiv wahr. Das ist der niedrigste Wert, den diese Studie seit 2019 gemessen hat. 51,6 Prozent meinen, dass sich Deutschland eher weniger aktiv verhalte. Im letzten Jahr sagte noch eine leichte Mehrheit, dass die Bundesregierung eher aktiv auf europapolitischer Ebene auftrete. Für die Zukunft haben die Befragten eine eindeutige Präferenz: Zwei Drittel (66,6 Prozent) möchten, dass sich die Bundesregierung in Zukunft aktiv in der EU verhält, nur 28,2 Prozent bevorzugen eine weniger aktive Europapolitik. Der Abstand zwischen der wahrgenommenen und der gewünschten Rolle ist mit knapp 30 Prozentpunkten der größte im gemessenen Zeitverlauf der letzten fünf Jahre.



Mit Blick auf Deutschlands Verhalten auf europapolitischer Bühne untersucht die vorliegende Studie seit 2019 auch, ob die Menschen die Bundesregierung als kooperativ oder dominant gegenüber den EU-Partnern wahrnehmen. 54,5 Prozent sind derzeit der Meinung, dass Deutschland sich kooperativ in Europa verhalte. Auch dieser Wert ist im Vergleich zum letzten Jahr gesunken (minus 6,8 Prozentpunkte). 34,9 Prozent (plus 4 Prozentpunkte) schätzen das Verhalten der Bundesregierung derzeit als dominant ein. Für die Zukunft haben die Befragten auch hier eine klare Vorstellung vom Auftreten der Bundesregierung in Europa: 69,8 Prozent sagen, dass Deutschland zukünftig kooperativ gegenüber den EU-Partnern auftreten sollte. Insgesamt lassen sich die Ergebnisse der Umfrage als Plädoyer der Bürgerinnen und Bürger für eine aktive und kooperative Europapolitik Deutschlands verstehen.

Verteidigungsfähigkeit und Energieunabhängigkeit als oberste Prioritäten

Angesichts des Wunsches nach einer aktiveren Gestaltungspolitik der Bundesregierung in der Europäischen Union stellt sich die Frage, welche Projekte für die Bürgerinnen und Bürger im Kontext der aktuellen Herausforderungen die höchste Priorität in der EU haben. Die Studie hat hierzu den Blick auf politische Ziele, gemeinsame Ausgaben und institutionelle Reformen der EU gerichtet. Bei den politischen Zielen, von denen die Befragten bis zu drei auswählen konnten, erhielten die Themen Verteidigungsfähigkeit (54,6 Prozent) und Energieunabhängigkeit (50,6 Prozent) mit Abstand die meiste Zustimmung. Dahinter folgen die Inflationbekämpfung (38,5 Prozent), Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit (38,4 Prozent), Klimaschutz (28,6 Prozent), soziale Sicherheit (28,0 Prozent) und Wirtschaftswachstum (21,2 Prozent).

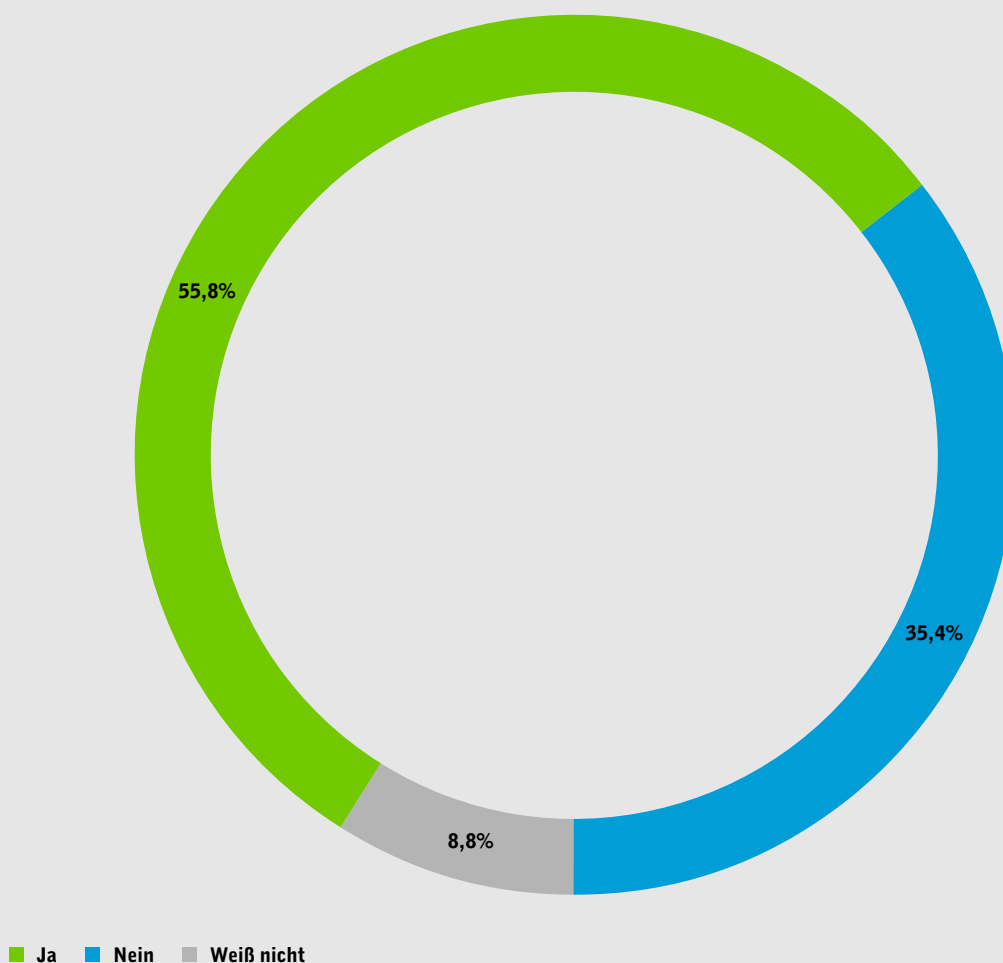


Im Hinblick auf gemeinsame europäische Investitionen rückt der Klimaschutz weiter nach oben, wobei Energie und Verteidigung aktuell die höchste Priorität genießen: Statt alleine solle Deutschland nach Meinung der Befragten gemeinsam mit den europäischen Partnern somit vor allem in die Bereiche Energiesicherheit (63,4 Prozent), Verteidigung (63,4 Prozent), Klima- und Umweltschutz (44,0 Prozent) und soziale Sicherheit (28,3 Prozent) investieren. Grundsätzlich sind die Befragten gemeinsamen europäischen Investitionen gegenüber sehr aufgeschlossen: Nur 6,6 Prozent wollen, dass die EU-Mitgliedstaaten in keinen Bereich gemeinsam investieren.

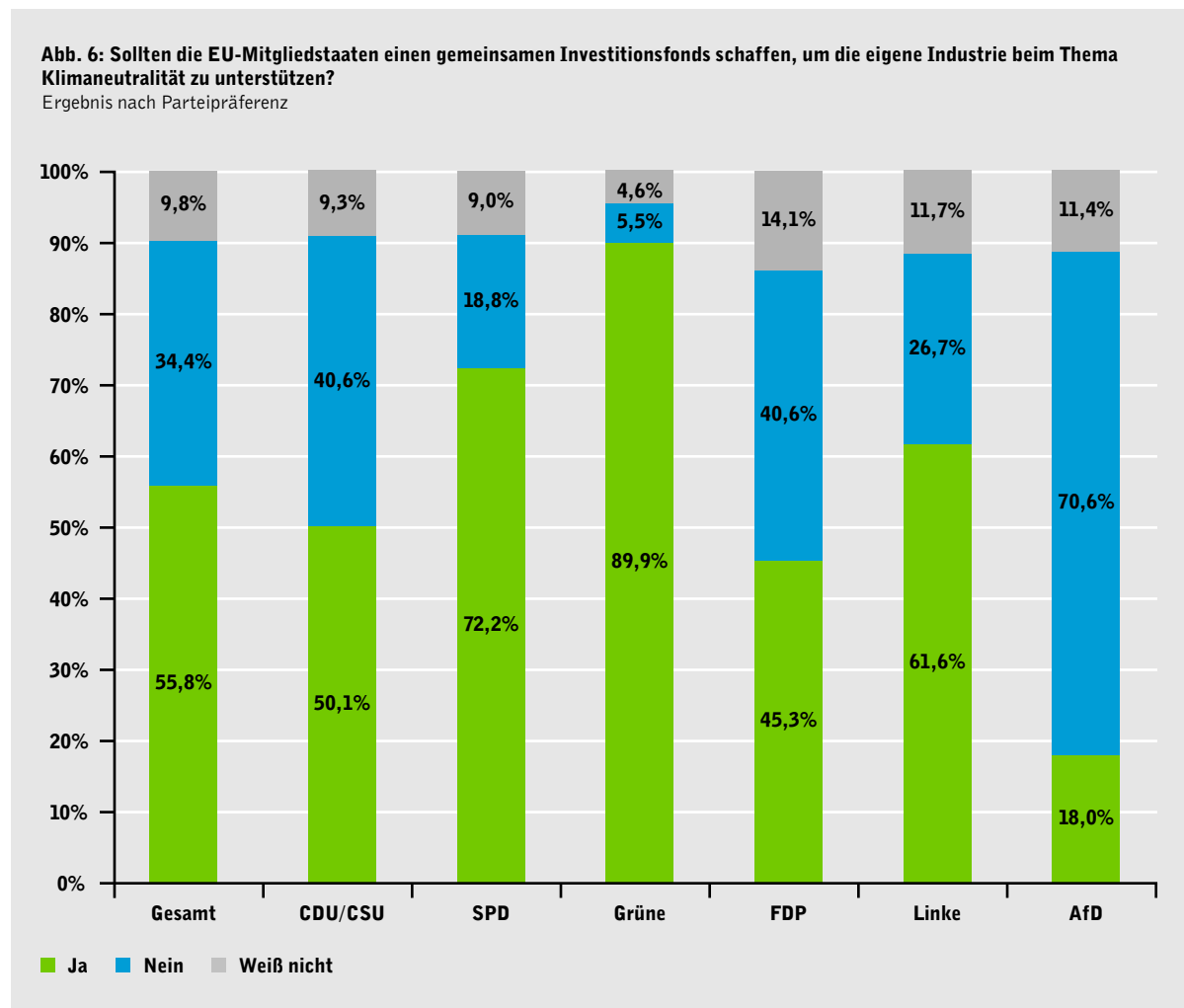
Mehrheit unterstützt Investitionsfonds für grüne Industrie

In den letzten Monaten hat die europäische Politik eine Debatte über die Förderung und Wettbewerbsfähigkeit einer klimaneutralen Industrie in Europa geführt. Neben den langfristigen Zielen des Europäischen «Green Deals» geben Subventionsprogramme von Drittstaaten (China, USA, Japan, Kanada) konkreten Anlass zu Debatten über eine europäische Industriestrategie. Als erste Reaktion auf den «Inflation Reduction Act» der USA haben sich die EU-Mitgliedstaaten im Februar 2023 auf eine Anpassung der staatlichen Beihilferegeln für die entsprechenden heimischen Industriezweige geeinigt. Als zweite Maßnahme wird ein gemeinsamer Investitionsfonds diskutiert, der von manchen als «Souveränitätsfonds» oder «Transformationsfonds» bezeichnet wird. Die Ergebnisse dieser Umfrage zeigen, dass eine Mehrheit der Deutschen einem europäischen Fonds für die Förderung einer klimaneutralen Industrie positiv gegenübersteht: 55,8 Prozent würden es begrüßen, wenn die EU-Mitgliedstaaten einen gemeinsamen Investitionsfonds zur Unterstützung der heimischen Industrie beim Thema Klimaneutralität schaffen würden. 35,4 Prozent sprechen sich dagegen aus.

Abb. 5: Sollten die EU-Mitgliedstaaten einen gemeinsamen Investitionsfonds schaffen, um die eigene Industrie beim Thema Klimaneutralität zu unterstützen?



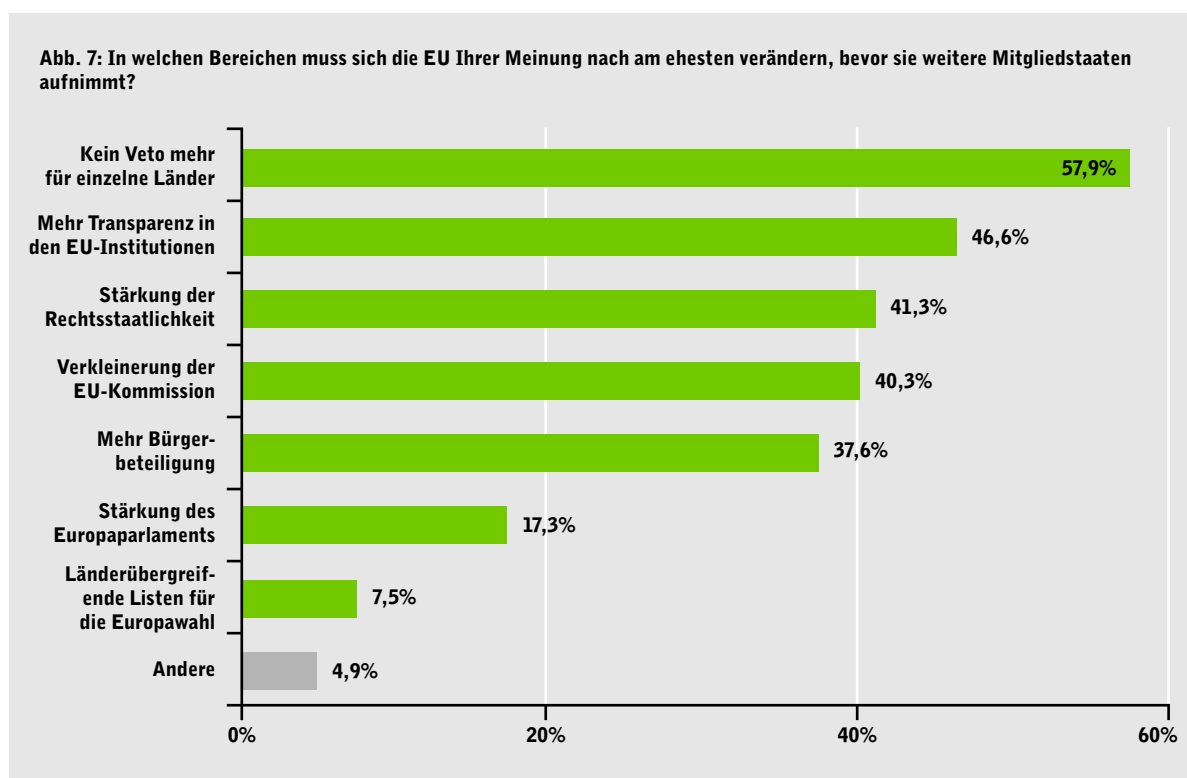
Die Mehrheit für einen gemeinschaftlichen grünen Industriefonds zieht sich durch unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen: Sowohl in Westdeutschland (57,6 Prozent) als auch in Ostdeutschland (50,7 Prozent) gibt es eine mehrheitliche Unterstützung für einen solchen Fonds. Dasselbe gilt für die unterschiedlichen Berufsgruppen: Unter den Studierenden stimmen 62,1 Prozent der Einrichtung eines solchen Fonds zu, bei den Arbeitslosen sind es 59,2 Prozent, bei den Rentnerinnen und Rentnern 57,7 Prozent, bei Arbeitnehmenden 54,9 Prozent und bei Selbstständigen 51,6 Prozent. Diese Zahlen könnten auch ein Hinweis darauf sein, dass Berufsbeginnende und Arbeitslose eine Perspektive in der klimaneutralen Industrie für sich sehen. Die Unterstützung für solche europäischen Investitionen ist zudem unabhängig vom Bildungsniveau (Abitur, mittlere Reife, Hauptschule).



Bei den Parteilagern wäre nur eine Mehrheit unter den Anhängerinnen und Anhängern der AfD (70,6 Prozent) gegen den Fonds. Bei den Unterstützenden aller anderen Parteien ist eine Mehrheit für die Einrichtung eines Investitionsfonds für Klimaneutralität: So liegt die Zustimmung im Lager der Grünen bei 89,9 Prozent, bei der SPD sind es 72,2 Prozent, bei der Linken 61,6 Prozent, bei CDU/CSU 50,1 Prozent und mit 45,3 Prozent ist eine relative Mehrheit bei der FDP dafür.

Institutionelle Reformen

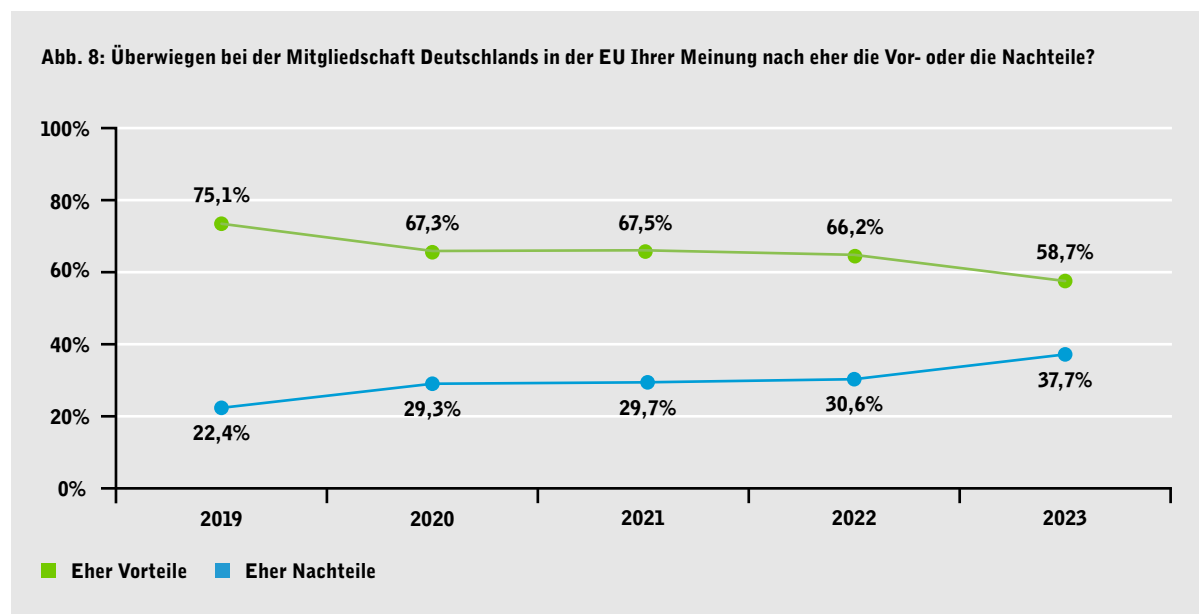
Neben den politischen Zielen und gemeinsamen Ausgaben wurden die Bürgerinnen und Bürger auch nach ihren Prioritäten für mögliche institutionelle Reformen der EU befragt. Dabei wurde das Thema in den Kontext der EU-Erweiterung gestellt. Nach Meinung der Befragten sollte die EU, bevor sie weitere Länder aufnimmt, vor allem die Veto-Möglichkeit für einzelne Länder abschaffen. 57,9 Prozent halten dies für die wichtigste Reform. Dahinter folgt die Forderung nach mehr Transparenz in den EU-Institutionen (46,6 Prozent), mutmaßlich von dem Korruptionsskandal im Europäischen Parlament beeinflusst, sowie die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten (41,3 Prozent), Verkleinerung der EU-Kommission (40,3 Prozent) und mehr Bürgerbeteiligung (37,5 Prozent). Weniger deutlich sehen Befragte bei den institutionellen Reformen die Stärkung des Europaparlaments (17,3 Prozent) und länderübergreifende Listen für die Europawahlen (7,5 Prozent) als Priorität.



Die Abschaffung der Veto-Möglichkeit für einzelne Länder ist besonders beliebt unter den Anhängerinnen und Anhängern von Grünen (85,4 Prozent), SPD (73,9 Prozent), FDP (64,1 Prozent) und CDU/CSU (60,5 Prozent). Unterstützende von AfD und Linke votierten hingegen am stärksten für mehr Bürgerbeteiligung.

Mehrheitliche Unterstützung der EU-Mitgliedschaft mit sinkender Tendenz

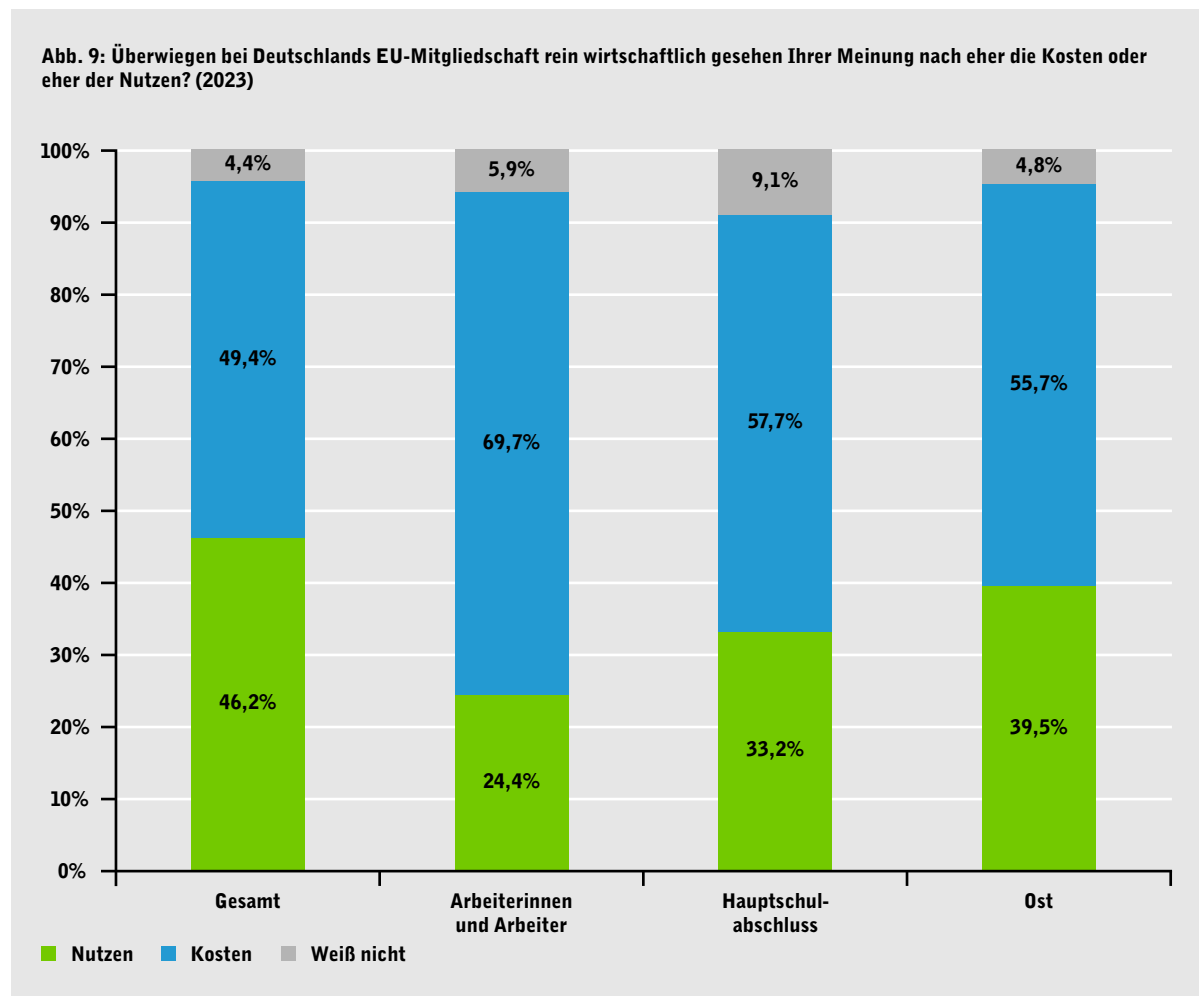
Auch in diesem Jahr hat eine Mehrheit der Deutschen eine positive Grundhaltung zur Europäischen Union: Für 58,7 Prozent überwiegen bei Deutschlands EU-Mitgliedschaft die Vorteile, 37,7 Prozent sehen mehr Nachteile. Diese pro-europäische Mehrheit findet sich sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland, in ländlichen wie auch in urbanen Bevölkerungsgruppen sowie in unterschiedlichen Berufsgruppen. Unterscheidet man die Befragten nach Parteipräferenz, dann wird auch an dieser Stelle eine Spaltung zwischen der AfD und allen anderen Parteien deutlich sichtbar: Eine klare Mehrheit von 86,4 Prozent der AfD-Unterstützenden ist der Meinung, dass die Nachteile der EU-Mitgliedschaft überwiegen. Mehr Vorteile bei der EU-Mitgliedschaft sieht jeweils eine Mehrheit im Lager der Grünen (90,4 Prozent), SPD (75,6 Prozent), FDP (73,1 Prozent), CDU/CSU (53,3 Prozent) und Linken (52,1 Prozent).



Im Vergleich zum Vorjahr hat die pro-europäische Stimmung in Deutschland allerdings einen leichten Dämpfer bekommen, der sich auch in den Daten anderer Erhebungen zeigt.^[5] Dieser pessimistischere Blick auf die EU könnte damit zusammenhängen, dass die Menschen derzeit insgesamt eine negative Sicht auf die politische und wirtschaftliche Lage haben. Aus der Forschungsliteratur ist bekannt, dass sich eine pessimistische Einschätzung der wirtschaftlichen Lage im eigenen Land negativ auf die Unterstützung der EU

5 Die Forschungsgruppe Wahlen hat für das ZDF-Politbarometer im Dezember 2022 gemessen, dass 41 Prozent in der EU-Mitgliedschaft eher Vorteile, 40 Prozent Vor- und Nachteile und 15 Prozent eher Nachteile sehen: [https://www.zdf.de/nachrichten/politik/politbarometer-leopard-panzer-lieferung-ukraine-krieg-russland-100.html?slide=EU Mitgliedschaft](https://www.zdf.de/nachrichten/politik/politbarometer-leopard-panzer-lieferung-ukraine-krieg-russland-100.html?slide=EU%20Mitgliedschaft)

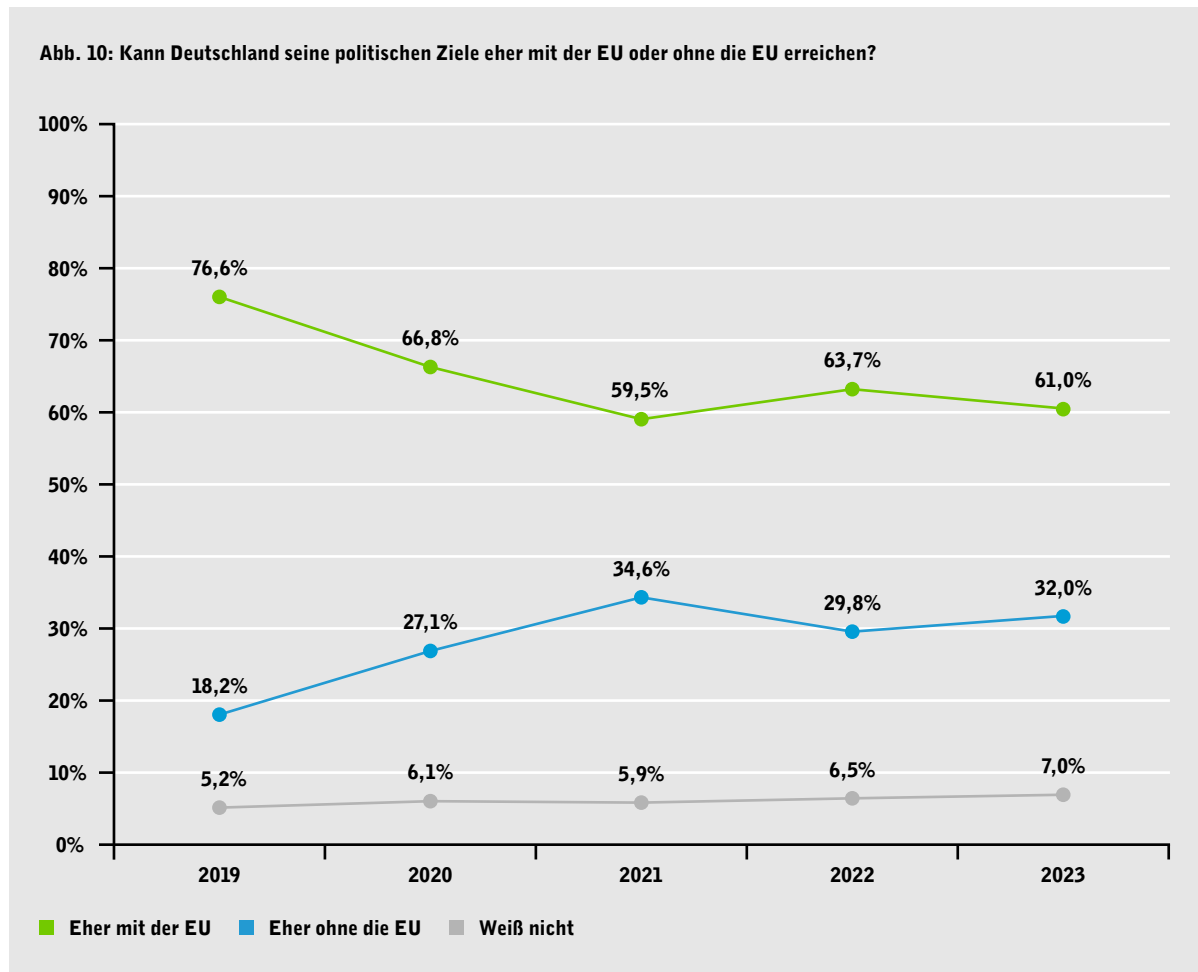
auswirkt.^[6] Wenig verwunderlich ist daher auch, dass die Zustimmung zum wirtschaftlichen Nutzen der EU in diesem Jahr leicht gesunken ist: Während 46,2 Prozent (minus 2,6 Prozentpunkte) der Meinung sind, dass der wirtschaftliche Nutzen der EU-Mitgliedschaft die Kosten übersteigen, sehen es 49,4 Prozent (plus 3,0 Prozentpunkte) andersherum. Diese negative Sicht auf den wirtschaftlichen Nutzen der EU ist bei bestimmten sozio-demographischen Gruppen besonders ausgeprägt: So meinen 69,7 Prozent der Arbeiterinnen und Arbeiter, 57,7 Prozent der Menschen mit Hauptschulabschluss und 55,7 Prozent der Ostdeutschen, dass die wirtschaftlichen Kosten der EU den Nutzen übersteige.



6 Montanari, Marco (2007): National Economic Performance and Public Support for the EU, in: Rivista Internazionale di Scienze Sociali, Jg. 115, Bd. 4, S. 503-524.

Mehrheit sieht politischen Nutzen der EU

Positiver fällt für die EU das Meinungsbild bei der Bewertung des politischen Nutzens der europäischen Gemeinschaft aus. Diesbezüglich liegt eine eindeutige pro-europäische Mehrheit unter den Deutschen vor, die im Vergleich zum Vorjahr relativ stabil geblieben ist: 61,0 Prozent (2022: 63,7 Prozent) der Befragten sagen, dass Deutschland seine politischen Ziele eher mit als ohne EU erreichen kann. 32,0 Prozent (2022: 29,8 Prozent) sind der Meinung, dass Deutschland besser ohne die EU seine Zielsetzungen umsetzen kann. Die Mehrheit für den politischen Nutzen wurde in allen Altersgruppen, Bildungsniveaus, in Ost- und Westdeutschland sowie in ländlichen und urbanen Regionen gemessen.



3 Trends und politische Empfehlungen

Aus den erhobenen Daten der diesjährigen Umfrage zu den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an die deutsche Europapolitik lassen sich folgende Trends und politische Empfehlungen ableiten.

Europa inmitten der multiplen Krisen aktiv gestalten: Die Ergebnisse der Umfrage können als ein starkes Plädoyer der Bürgerinnen und Bürger für ein aktives und kooperatives Auftreten Deutschlands in der Europapolitik gewertet werden. Die EU-Mitgliedstaaten stehen vor der enormen Herausforderung, kurzfristiges Krisenmanagement und langfristige Zukunftsgestaltung kohärent und mit europäischen Lösungen miteinander zu verbinden. Dies kann nur gelingen, wenn Deutschland gemeinsam mit seinen europäischen Partnern die aktuellen Krisen als Hebel für eine nachhaltige Transformation einsetzt. Dies schließt sowohl eine zukunftsorientierte gestaltende Politik, die europäische Souveränität in Energie-, Wirtschafts- und Verteidigungsfragen stärkt, als auch institutionelle Reformen mit ein. Reformen sind notwendig, um die Handlungsfähigkeit der EU zu stärken und diese auch nach der möglichen Aufnahme neuer Mitglieder zu gewährleisten. Hier sollte die Regierung ihren im Koalitionsvertrag verankerten «konstruktiven Gestaltungsanspruch» an eine aktive Vermittlungsrolle knüpfen, die die Belange aller Mitgliedstaaten im Blick hat. Dies gilt insbesondere für die Abschaffung von Vetorechten im Europäischen Rat, die von den Bürgerinnen und Bürgern als wichtigste Priorität angesehen, von vielen kleineren Mitgliedstaaten aber skeptisch gesehen wird. Die EU braucht Entscheidungsprozesse, die sie zu raschen und verbindlichen Entscheidungen befähigt. Entscheidend für die Reformierbarkeit der EU ist der politische Wille der Mitgliedstaaten, die das gemeinsame europäische Interesse besonders bei diesem Thema noch stärker im Blick haben sollten. Ebenso gilt es, das Fundament der EU, bestehend aus Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, in allen Mitgliedstaaten zu verteidigen und zu stärken. Für all diese Aufgaben trägt Deutschland als größter Mitgliedstaat eine besondere Verantwortung, die mit hohen Erwartungen vieler EU-Partner einhergeht und die die Bundesregierung mit einem «dienenden Verständnis für die EU als Ganzes» gerecht werden muss, so wie sie es im Koalitionsvertrag formuliert ist.

Europas Versprechen von sozialer Sicherheit und Wohlstand einlösen: Die Bürgerinnen und Bürger sehen mehrheitlich den Nutzen der EU. Die Überzeugung, dass Deutschland seine politischen Ziele besser europäisch erreicht als alleine, ist ungebrochen. Doch der Glaube an den wirtschaftlichen Nutzen ist rückläufig. Dieser Trend korreliert mit der allgemeinen Krisenlage und den generell pessimistischeren wirtschaftlichen Einschätzungen. Die multiplen Krisen, denen wir seit einigen Jahren ausgesetzt sind, rufen bei vielen Menschen Verunsicherung und Zukunftsängste hervor. Gerade deshalb ist es die Aufgabe der Politik, Europa wirtschaftliches und soziales Gemeinschaftsprojekt gezielt zu stärken und Sicherheit auch in diesen Bereichen zu gewährleisten. Die Bundesregierung sollte bei der Krisenbewältigung europäische Lösungsansätze stärker als bisher verfolgen, die EU als solidarische Gemeinschaft im Blick haben und diese Haltung auch im politischen Diskurs

unterstreichen. Wenn die Nationalstaaten in einer gemeinsamen Krise nicht abgestimmt handeln, wie es etwa bei dem «Doppelwumms» der Bundesregierung der Fall war, gerät Europa in den Hintergrund und damit auch der Glaube an europäische Handlungsfähigkeit und Nutzen. Die Ergebnisse der Umfrage machen deutlich, dass die Bürgerinnen und Bürger gerade in den Themenfeldern mehr Europa wollen, in denen die Unsicherheit derzeit besonders hoch ist: Energieversorgung, Verteidigungsfähigkeit, ebenso wie Inflationsbekämpfung und soziale Sicherheit.

Die Umfrage hat wie in den Vorjahren gezeigt, dass vor allem ökonomisch vulnerable Gruppen den Nutzen Europas in Frage stellen. Sie haben angesichts ihrer wirtschaftlich instabilen Lebensrealität offensichtlich Zweifel, ob Europa Besserung oder Bedrohung verheißt. Wie auch andere Erhebungen belegen, ist diese tendenziell negativere Haltung mit einer generellen Skepsis in die Politik als Ganzes verbunden. Diesen Gruppen muss sich europäische Politik zuwenden und alle anstehenden Transformationsaufgaben prioritär mit der Stärkung sozialer Sicherheit verknüpfen. Politisch übersetzt sind die Umfrageergebnisse als Appell zu verstehen, Transformation und sozialen Zusammenhalt zusammenzudenken und die Idee der sozial-ökologischen Transformation voranzutreiben. Neben der Förderung einer grünen Industrie sollte es daher auch darum gehen, die sozialen Folgen von Dekarbonisierung und Transformation auszugleichen. Der Klima-Sozialfonds ist dafür ein Schritt in die richtige Richtung.

In Klimaneutralität, Souveränität und Verteidigung gemeinsam investieren: Die Bürgerinnen und Bürger sprechen sich wie bereits in den Vorjahren mit großer Mehrheit für gemeinsame Investitionen in Zukunftsfelder aus. Eine Mehrheit unterstützt konkret auch einen EU-Investitionsfonds zur Förderung einer grünen klimaneutralen Industrie in Europa. Damit könnte die EU mit den großen Subventionsprogrammen ihrer größten Handelspartner in klimaneutrale Technologien gleichziehen, dem «European Green Deal» einen Schub verleihen und die Mitgliedstaaten befähigen, eine sozial-gerechte Transformation umzusetzen. Der im Februar von der Europäischen Kommission vorgeschlagene «Green Deal Industrial Plan» und der darin angedachte «European Sovereignty Fund» könnte hier eine geeignete Grundlage bieten, die gemeinschaftlich und sozial-ökologisch finanziert und ausgestattet werden muss. Neben der Klimaneutralität sind auch die Verteidigungsfähigkeit, Energiesicherheit und strategische Souveränität zentrale Ziele, die gemeinsame Investitionen erfordern. Wenn die Bundesregierung etwa nun die Ausstattung und Ressourcen der Bundeswehr erhöht, sollte sie dies in europäischer Abstimmung tun, um höhere gesamteuropäische Verteidigungsfähigkeit zu erreichen. Dafür hat sie, wie diese Umfrage zeigt, ein klares Mandat von den Bürgerinnen und Bürgern.

Die Autorinnen und Autoren

Dr. Johannes Hillje arbeitet als selbstständiger Politik- und Kommunikationsberater in Berlin und Brüssel und ist Policy Fellow bei Das Progressive Zentrum.

Dr. Christine Pütz ist Politikwissenschaftlerin und als Referentin Europäische Union in der Heinrich-Böll-Stiftung tätig.

Wir danken Michael Alvarez-Kalverkamp, Georg McCutcheon, Anton Möller, Sophie Pornschlegel und Eva van de Rakt für ihre hilfreichen Kommentare.

Impressum

Herausgeberin: Heinrich-Böll-Stiftung e.V., Schumannstraße 8, 10117 Berlin

Fachkontakt: Dr. Christine Pütz, Referat EU/Nordamerika **E** puetz@boell.de

Erscheinungsort: www.boell.de

Erscheinungsdatum: März 2023

Coverfoto: IMAGO/PHOTOMAX (EU-Fahne am Denkmal für die Gründer von Kiew.)

Lizenz: Creative Commons (CC BY-NC-ND 4.0)

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Die vorliegende Publikation spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Heinrich-Böll-Stiftung wider.

Weitere E-Books zum Downloaden unter: www.boell.de/publikationen